

die waren verjährt, als ich das Amt übernahm. Herr Engstfeld, beim Aufarbeiten der ganzen Situation erfahren wir, dass wir möglicherweise gar nicht wissen, was aus Vorzeiten schon alles verjährt ist.

(Henning Höne [FDP]: Wer war denn vorher Justizminister?)

Ich mache keinem einen Vorwurf, wir mussten das alles erst aufarbeiten. Wenn Sie wollen, können wir darüber in Ruhe debattieren. Auch heute kann es immer noch zu der Situation kommen, dass Sachen verjährt sind, die wir gar nicht kennen. Es kann immer noch sein, dass Sachen verjähren, weil wir sie noch nicht kennen. Das ist eben der Wust, der da kommt; aber die Sachen, die wir kennen, gehen wir auch entsprechend an.

Sie fragen, ob wir hartnäckig genug seien. – Ich werde Ihnen von einem tollen Erfolg berichten: Wir haben vor wenigen Wochen im Bundesrat einen Antrag gestellt, die relative Verjährungsfrist zu verändern und – der Rechtsprechung des BGH folgend – bezüglich der Einziehung von Vermögen die Vorschriften zu ändern, um auch da keine Verjährung zu riskieren. Es gab Bewegungen sowohl im Bundesfinanzministerium als auch im Bundesjustizministerium dahingehend, diesen Weg nicht mitzugehen.

Ich bin heute richtig stolz darauf, dass wir es inzwischen geschafft haben, dass CDU/CSU-Fraktion und SPD-Fraktion das, was wir für richtig halten, in diesem Jahr im Jahressteuergesetz 2020 verabschieden werden und damit diese Risiken beseitigen. So arbeiten wir – im Stillen, aber konsequent und erfolgreich. Ich finde es toll, dass der Bund in der Lage war, zu sagen: Ja, wir machen das, wir halten das für richtig, und wir übernehmen das. – Das sind die Dinge, die wir brauchen, damit wir die Arbeit erfolgreich erledigen können.

Wenn Sie wollen, können wir das gerne in aller Ruhe vertiefen. Wir wollen, dass diese kriminelle Industrie, die Steuerhinterziehungsindustrie, da angepackt wird, wo es weh tut. Wir wollen ihr Geld, und wir wollen alle diejenigen, die dort kriminell sind, vor Gericht bekommen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Damit Sie den aktuellen Stand kennen: Wir haben das erste Gerichtsurteil in Bonn. Dort sind die Akteure der – wenn Sie so wollen – operativen Ebene verurteilt worden. Es läuft jetzt ein Prozess – Sie können es nachlesen – mit einem prominenten Verteidiger: Peter Gauweiler. Wir haben die mittlere Ebene im Augenblick nicht nur angeklagt, vielmehr hat das Verfahren schon begonnen. Wir werden in kurzer Zeit, in wenigen Wochen, auch die obere Ebene, die Leitungsebene, vor Gericht haben. Dann werden alle drei Verfahren zu Ende sein.

Was die Gerichtsverfahren angeht, werden wir richtig loslegen können, wenn wir wissen, wie sich der Bun-

desgerichtshof verhält: Macht er bei der operativen Ebene, der mittleren Ebene oder auch der Führungsebene mit? Hier wird intensiv darüber nachgedacht werden müssen, wie die subjektive Seite aussieht. Kann der Vorwurf auch entsprechend nachgewiesen und erhärtet werden? Aber in dieser Situation brauchen wir die Entscheidung durch den Bundesgerichtshof.

Sie müssen sich keine Sorgen machen. Im Haushalt stehen – bitte lesen Sie nach – Richter für drei weitere Kammern am Landgericht Bonn nur für Cum-Ex-Verfahren; für die nächsten Jahre ist das ebenfalls vorgesehen.

Das sind die Fakten. Wenn Sie sagen würden, dass Sie das gut fänden, würden sie auch Verständnis für die Arbeit zeigen, die wir machen. Wir machen viel mehr im Stillen, als allgemein bekannt wird, aber das mit Erfolg. Ich finde, das ist eine gute Politik für unser Land. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Biesenbach, auch für die Ankündigung der Redezeitüberziehung; es waren 4:18 Minuten. – Das vorwegstellend, möchte ich fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt? – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Schluss der Aussprache und kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 04, den Einzelplan des Ministeriums der Justiz. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11904, den Einzelplan 04 unverändert anzunehmen. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 04 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Ich darf fragen, wer dem Einzelplan 04 zustimmen möchte? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es bei der Fraktion der AfD. Damit stelle ich fest, dass der **Einzelplan 04 in der zweiten Lesung angenommen** wurde.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/11911

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11932

Wir beraten zunächst den Teilbereich

a) Arbeit, Soziales

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Kollegen Neumann das Wort.

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für den Bereich Arbeit und Soziales, den Herr Minister Laumann uns hier vorlegt, zeichnet sich durch zwei Dinge aus: Es gibt weder einen Plan, noch gibt es ein Ziel.

Dem Haushalt fehlt ein tragfähiges Konzept und eine Strategie, wie man in den drängenden Fragen der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik Nordrhein-Westfalens nicht nur aktuell, sondern auch in den nächsten Jahren eine Gestaltung vorantreiben will.

Welche Ziele verfolgen Sie, Herr Minister, um die Digitalisierung in der Arbeitswelt voranzubringen? Die Digitalisierung wird unser Arbeitsleben verändern. Das merken wir schon jetzt, aber sie wird auch die gesamten Produktionsabläufe verändern. Wir wissen, dass davon viele Bereiche betroffen sein werden. Es wird zu neuen Formen des Arbeitens kommen. Ich kann im Haushalt aber nicht erkennen, dass es darauf irgendwelche Antworten gibt.

Wie wollen Sie die drängendsten Fragen des demografischen Wandels lösen? Häusliche Pflege, die allgemeine Betreuung, das Thema „Fachkräfte“ – wie wollen wir diese großen Herausforderungen der nächsten Jahre angehen, ohne von der Hand in den Mund zu leben? Auch hier erkenne ich weder ein Ziel noch eine Strategie.

Wie wollen Sie die Lehren aus der Coronapandemie in eine dauerhafte und durchstrukturierte Sozialpolitik überführen? Auch hier gibt es im Haushalt keinerlei Hinweise. Ich nenne aber auch hier das Thema „Digitalisierung“: Wenn wir sehen, wie herausfordernd Digitalisierung jetzt für den gesamten Bereich des Sozialen ist, wissen wir, vor welchen großen Herausforderungen wir stehen. Auch dazu findet sich im Haushalt kein Ansatz.

Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die Inklusion in Nordrhein-Westfalen vorankommt und die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird? Der letzte Bericht der Monitoringstelle stellt dem Land NRW kein gutes Zeugnis aus. Welche Konzepte und Strategien muss man daraus ziehen? Auch hierzu gibt es keinerlei Ansätze.

Wenn in Nordrhein-Westfalen ein Mensch mit Behinderung ein Jahr oder länger braucht, um einen Antrag auf einen Schwerbehindertenausweis genehmigt zu bekommen, spricht das Bände. Auch hier

kann ich nicht erkennen, dass sich in der Versorgungsverwaltung etwas ändert. Wie Sie sehen, wirft Ihr Haushalt viele Fragen auf, bietet aber relativ wenig konkrete Lösungen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Ich habe schon mehrfach die Situation der Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren angesprochen. Dort vergeben Sie neue Aufgaben, Sie wollen die Effizienz steigern, und Sie wollen neue Zielgruppen erreichen. Das Einzige, was Sie nicht tun, ist mehr Geld dafür auszugeben.

Wie soll eigentlich die Zukunft des nordrhein-westfälischen Arbeitsschutzes jenseits der bereits von Ihnen geplanten Stellen aussehen? Wie wird die zukünftige Arbeitsschutzverwaltung gestaltet sein? Wie kann man sie so ausrichten, dass nicht nur Großbetriebe mit Kontrollen rechnen müssen? Es wäre schon ein Teilerfolg, wenn diese nicht nur alle 36 Jahre, sondern vielleicht alle 15 Jahre stattfänden. Auch dies ist in diesem Haushalt an keiner Stelle zu erkennen, dass es dafür eine Strategie gibt.

Ja, Herr Minister, das ist uns zu wenig. Sie sind in Nordrhein-Westfalen an vielen Stellen – das merken wir natürlich – ein Gefangener Ihres Koalitionspartners, der mit seiner Entfesselungspolitik durchaus auch andere Ziele verfolgt.

Im Bereich der beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderung ist insgesamt festzustellen, dass die Mittel zur Förderung der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung stagnieren. Oder anders ausgedrückt: Wenn es Mittel gibt, dann werden sie nicht proaktiv so beworben, dass diese Mittel auch abgerufen werden. So kann man Arbeitsmarktpolitik zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung eigentlich nicht betreiben. Ja, damit verhindert man nicht nur den inklusiven Ansatz, sondern die gesamte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Zusammenfassend: Der Einzelplan 11 des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat wenig Konzept und erst recht wenig Schwung. Es ist ein „Weiter so“ ohne neue Strategie.

Noch nie war – auch durch Corona – so viel Geld in den Haushalten vorhanden, aber Sie nutzen diesen historischen Geldsegen nicht. Kein Konzept, kein Plan, keine Ideen – so fasse ich den Einzelplan 11 zusammen.

Die SPD-Fraktion wird diesem Plan nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Neumann. – Für die Fraktion der CDU hat nun Herr Kollege Abgeordneter Schmitz das Wort.

Marco Schmitz (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Ich möchte – ganz anders als der Kollege Neumann – mich beim Haus bedanken. Denn trotz Corona haben wir einen Haushalt, der im Ministerium das Gleiche umfasst wie in den letzten Jahren, und es ist nichts zugunsten von Corona abgebaut worden. Das ist, meine ich, auch mal ein großes Lob an das Ministerium wert.

(Beifall von der CDU, Susanne Schneider [FDP] und Stephen Paul [FDP])

Man muss natürlich sagen, dass gerade im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein Großteil der Ausgaben festgelegt ist. Man hat hier nicht sehr viel Spielraum, sondern es sind viele gebundene Ausgaben mit dabei.

Nichtsdestotrotz möchte ich auf einige Punkte im Bereich Arbeit eingehen:

Nach wie vor werden wir 20 Millionen Euro für das Werkstattjahr und das Ausbildungsprogramm ausgeben. Hier geht es uns darum, benachteiligte Jugendliche zu unterstützen und uns darum zu kümmern, dass sie in Arbeit kommen.

Weiterhin: 14 Millionen Euro jährlich für „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Auch hier kümmern wir uns um die Jüngsten und sagen: Wer schon mal mit Berufsausbildung in Kontakt gekommen ist, wer es schafft, eine Ausbildung zu machen, der wird auch vor Arbeitslosigkeit und damit vor Armut geschützt.

Es freut mich besonders, dass die Berufseinstiegsbegleitung – im letzten Jahr haben wir noch darüber geredet – jetzt mit 9,2 Millionen Euro aus Landesmitteln gefördert wird. Im letzten Jahr war ja nicht ganz klar, wie die Finanzierung funktionieren würde. Das MAGS hat das übernommen. Wir haben das ja auch unterstützt. Das werden aufbauende Mittel sein, und die ersten 6.000 Jugendlichen aus der ersten Kohorte werden jetzt auch schon davon profitieren.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Dann kommen wir zu einem Punkt, den Sie noch mal extra aufgerufen haben und zu dem Sie ja auch heute noch einen Antrag gestellt haben. Es geht um die Mittelvolumen für die Beratungsstellen Arbeit. Sie fordern jetzt weitere Millionen. Wir haben das beim letzten Plenum ausführlich diskutiert und im Ausschuss diskutiert, und ich werde jetzt nicht noch einmal in der Tiefe darauf eingehen.

Aber: Die NRW-Koalition setzt ein klares Ziel gegen ausbeuterische Arbeit. Wenn es in Nordrhein-Westfalen ausbeuterische Arbeit gibt, dann muss diese bekämpft werden. Dafür sind die Beratungsstellen Arbeit da. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass sie dieser Aufgabe nachkommen können.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU] und Anke Fuchs-Dreisbach [CDU])

Sie haben eben gesagt, wir würden uns nicht um die Fachkräfte, den Fachkräftemangel und die Berufsanerkennung kümmern. Bei der Bezirksregierung Münster werden 48 weitere Stellen eingerichtet. Dort wird das ja jetzt auch zusammengefasst, sodass wir die Möglichkeit haben, die Berufsanerkennung schneller durchzuführen. Ein Zielkorridor von zwei Monaten ist vorgegeben worden, sodass also vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich da auch mehr gemacht wird.

Sie sagen, Sie könnten nicht erkennen, wo der Arbeitsschutz ausgebaut wird. Wir werden weitere 100 Stellen bewilligen, sodass also auch zukünftig der Arbeitsschutz gewährleistet ist.

Wir haben das heute Morgen bei der Aktuellen Stunde zur Fleischindustrie schon einmal diskutiert: Natürlich wollen wir nicht, dass ein Betrieb nur alle 36 Jahre besucht wird. Genau deswegen bauen wir den Arbeitsschutz auch aus. Denn wir müssen uns darum kümmern, dass der Arbeitsschutz auch in den Betrieben weiterhin gewährleistet ist, die unter besonderer Beobachtung stehen. Das ist nicht nur die Fleischindustrie, sondern das betrifft natürlich auch alle anderen Bereiche, die Landwirtschaft, den Bau, die Paketzusteller. Darauf werden wir ein Augenmerk haben.

Sie sagen, dass es im Arbeitsministerium keine Digitalisierung gebe, Kollege Neumann. Sie hätten den Plan vielleicht richtig lesen müssen. Es gibt die Transformationsberatung. Da sind für das nächste Jahr weitere 3 Millionen eingestellt worden, sodass also auch der Bereich abgedeckt ist und Sie nicht sagen können, da würde nichts gemacht. Es ist natürlich eine dringende Herausforderung, die Digitalisierung der Arbeitswelt und die Transformation der Arbeitswelt hier im Blick zu haben.

Der letzte Punkt: Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Hier werden 9,53 Millionen Euro Landesmittel zur Verfügung gestellt. Das wird mit ESF-Mitteln aufgestockt.

Hier haben wir verschiedene Programme: „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“, „Alle Kinder essen mit“, „Hilfen in Wohnungsnotfällen“, „Endlich ein ZUHAUSE!“. Das sind alles verschiedene Projekte, die damit gefördert werden. Denn das ist auch ein Stück weit die Aufgabe des MAGS und der NRW-Koalition.

Zum Schluss möchte ich noch einmal feststellen: Die Arbeits- und Sozialpolitik der NRW-Koalition denkt an jeden und denkt auch an jede. Es ist unsere Aufgabe, dass wir den Menschen Chancen bieten – egal, wo sie herkommen – und dass sie hier in Nordrhein-Westfalen eine Zukunft haben. – Danke sehr.

(Beifall von der CDU, Stefan Lenzen [FDP] und Stephen Paul [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Kollege Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Laumann, ich möchte auf die Debatte von heute Morgen zurückkommen, zumindest auf einen Punkt, weil mich das schon noch umtreibt. Ich nehme Ihnen absolut ab, dass Sie beim Thema „Fleischindustrie“ eigentlich eine andere Position vertreten als das, was da in Berlin im Moment verhandelt wird. Aber es geht nicht, dass die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion hier so tun, als wenn das nicht von Belang wäre, als wenn das Kleinigkeiten wären, die sich da in Berlin gerade abspielen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Tun sie ja gar nicht!)

– Doch, sie tun so, als wären Leiharbeit und Werkverträge Details der Regelungen.

(Zurufe von Marco Schmitz [CDU] und Stefan Lenzen [FDP])

Ich kann Ihnen nur sagen: An der Stelle entscheidet sich das schon ein Stück weit und möglicherweise letztmalig für lange, lange Zeit. Sie haben ja selber immer wieder betont, dass Corona quasi zur Hilfe gekommen ist, um die ganz schlimmen Zustände in der Fleischindustrie zu beheben.

Zur Fleischindustrie gehört nicht nur das Schlachten. In den Wurstfabriken, in den verarbeitenden Bereichen, werden auch gerade mal Mindestlöhne gezahlt. Uli Hoeneß ist nicht nur an der Steueraffäre zugrunde gegangen.

Wenn die Chance jetzt nicht genutzt wird, um da zumindest einen Anfang zu machen, dass dort sehr klar auf Werkverträge und Leiharbeit verzichtet wird, dann haben wir hier ein ganz wichtiges Stück an Gerechtigkeit in Deutschland verpasst. Das möchte ich sehr deutlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass mir das so wichtig ist, hängt natürlich mit ganz vielen Punkten zusammen, die hier im Landtag bearbeitet werden müssen.

Der Arbeitsschutz muss das ja dann auch irgendwie bearbeiten. Ihre Leute müssen raus. Unsere Leute – unsere Beamtinnen und Beamten, unsere Beschäftigten im Arbeitsschutz – müssen sich dann darum kümmern. Das Begutachten der Wohnumstände habe ich ja heute Vormittag schon angesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen auch von der FDP, wir fechten ja manche ideologischen Kämpfe aus. Aber an dieser Stelle kann ich uns alle nur aufrufen: Nordrhein-Westfalen ist eines der wichtigsten Län-

der, was die Fleischindustrie anbetrifft. Da geht es nicht um Kinkerlitzchen. Es geht um ein Geschäftsmodell, bei dem in der Regel südosteuropäische – Wanderarbeiter hat sie einer genannt – Arbeiterinnen und Arbeiter hier in den Schlachthöfen und auch in der verarbeitenden Industrie arbeiten müssen. Auf deren Knochen wird das Geschäftsmodell aufgebaut. Sie verdienen 1.400, 1.500 Euro im Monat brutto. Sie müssen zum Teil länger arbeiten, als das in Ordnung ist. 120 % des Bedarfes produziert Deutschland. Das heißt auf Deutsch: 20 % allein beim Schweinefleisch gehen ins Ausland. Das hat mit den Arbeitsspitzen im Sommer mit dem Grillen relativ wenig zu tun.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Millionen- und Milliardenbeträge werden mit diesem Geschäftsmodell verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen müssen wir da auch noch einmal ran. Dass Sie sich hier aufregen, zeigt sehr deutlich, dass Sie auf dem falschen Weg sind.

Ich möchte noch zwei andere Punkte aus dem Bereich Arbeit hier ansprechen. Sehr wichtig ist uns auch der Bereich Inklusion. Die Zahl der Schwerbehinderten in der Landesverwaltung nimmt ständig ab, obwohl eigentlich mit zunehmendem Alter die Behindertenquote steigen müsste. Wir müssen mehr dafür sorgen, dass gerade im öffentlichen Dienst, in den Landesverwaltungen Menschen mit Behinderung arbeiten können. An der Qualifikation liegt es nicht. Wir müssen das Matching hinbekommen, dass sie dort mehr hinkommen.

Ein zweiter Bereich, der mich in den letzten zwei Wochen auch verwundert hat, ist das Thema „Homeoffice“. Ich habe zwei Mal in zwei unterschiedlichen Sitzungen gefragt: Gibt es eine spezielle Strategie der Landesregierung, in Coronazeiten besonders darauf zu achten, dass die Ministerien ihre Leute nicht zu Terminen ins Haus holen, dass die Bezirksregierung und viele andere nicht dazu geholt werden? Ich habe dazu, ehrlich gesagt, bisher nur Überschriften gehört.

Ich kann nur dazu aufrufen, dass diese Landesregierung als Vorbild vorweggeht. Wenn wir Kontakte überall minimieren müssen, wenn wir jetzt darüber diskutieren, mit wie vielen Personen man auf die Straße gehen kann, dann muss das zuallererst auch für unsere eigene Verwaltung gelten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Einen weiteren Punkt möchte ich an der Stelle noch ansprechen. Das sind die Arbeitslosenzentren. Kollege Neumann hat es vorhin angesprochen. Da geht es am Ende, glaube ich, nicht ums Geld. Wenn wir uns die Kosten angucken, die hier eingespart werden, dann reden wir gerade mal über 1 Million Euro. Das ist offensichtlich. Es geht auch nicht darum, ausbeuterische Arbeit zu bekämpfen. Da sind wir voll bei

Ihnen. Da können Sie noch 1 Million Euro drauflegen. Da sind wir voll bei Ihnen.

Aber es geht offensichtlich um die ideologische Frage, ob man diese Arbeitslosenzentren haben will oder nicht, ob man sie erneut platt machen will. Die 15.000 Euro pro Einrichtungseinheit zu streichen, das verstehe ich einfach nicht. Gerade in Zeiten von Corona brauchen wir Einrichtungen, die die Menschen aufsuchen, in denen die Menschen neben der reinen Arbeitsberatung Rückhalt finden können. Diese Struktur müsste unser Land bieten.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir diesen Einzelplan ablehnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Lenzen das Wort.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Auswirkungen der Coronapandemie sind auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Infrastrukturen zu spüren. Sie haben in unserem Land zu einer erheblichen Belastung geführt. Aber das Land hat auch hier schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet – nicht nur im Rahmen des Sozialdienstleistungsgesetzes, wo man schnell das Ausführungsgesetz des Landes umgehend umgesetzt hat.

Ich möchte gerne ein paar Beispiele nennen, wo wir sehr schnell zusätzliche Unterstützung gewährt haben, zum Beispiel Liquiditätshilfen für Inklusionsbetriebe in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen von bis zu 75.000 Euro, 500.000 Euro Soforthilfe für die freien Träger der Wohnungslosenhilfe, einem Notfallpaket in Höhe von 900.000 Euro für die 170 Tafeln in Nordrhein-Westfalen sowie zusätzlichen 260.000 Euro für kleinere Initiativen, die Lebensmittel verteilen und nicht dem Landesverband der Tafeln angehören.

Das sind nur ein paar kleine Beispiele, bei denen die NRW-Koalition aus FDP und CDU gemeinsam mit dem Landesarbeitsminister und -sozialminister schnell gehandelt hat. Das zeigt aber auch, gerade in dieser aktuellen Krise haben wir die schwächeren Mitbürgerinnen und Mitbürger immer im Blick behalten.

Arbeit ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

(Beifall von der FDP)

Deshalb steht bei unserer Arbeits- und Sozialpolitik der NRW-Koalition aus FDP und CDU gerade der Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit

im Mittelpunkt. So haben wir nach dem Rückzug des Bundes die wichtige Berufseinstiegsbegleitung erst über die ESF-Mittel und dann auch jetzt mit dem Haushalt 2021 über entsprechende Mittel des Landes dauerhaft abgesichert. So sind zum Beispiel im kommenden Jahr dafür 9,2 Millionen Euro vorgesehen. Die Mittel sind in den Folgejahren aufwachsend; so ist es vorgesehen.

Es ist wichtig, dass wir so ein wichtiges Instrument fortführen und ausweiten. Gerade Schülerinnen und Schülern mit schlechteren Startchancen möchten wir so den Übergang in Ausbildung ermöglichen. So setzen wir das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ fort. Genauso fördern wir weitere Maßnahmen der Berufsorientierung in Höhe von 14 Millionen Euro.

Alleine diesen Sommer sind die ersten Projekte an den Start gegangen im Rahmen unserer Landesinitiative „Durchstarten in Arbeit und Ausbildung“. Dafür nehmen wir 50 Millionen Euro in die Hand. Über mehrere Jahre werden die Mittel zur Verfügung gestellt. Damit wollen wir gerade Lücken schließen bei der Sprachförderung, bei der Qualifizierung. So wollen wir jungen geflüchteten Männern und Frauen den Weg ebnen in Ausbildung und Arbeit. Dies zeigt: Integrations- und Arbeitsmarktpolitik gehen Hand in Hand.

Wenn wir bei dem Thema „Neuausrichtung der Landesförderung im Bereich der ESF-Programme“ sind, so haben wir einen klaren Schwerpunkt gelegt auf das Thema „Ausbildung“. Wir erinnern an das Ausbildungsprogramm, mit dem wir Jugendlichen mit mehreren Vermittlungshemmnissen seit Herbst 2018 unterstützen, indem wir jährlich 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in den Regionen mit einer ungünstigen Bewerber-Stellen-Relation fördern.

(Beifall von der FDP)

Die Kritik kam eben kurz auf. Zu der Neuausrichtung der ESF-Programme zählen auch die Beratungsstellen „Arbeit“. Gerade Menschen, die von Arbeitsausbeutung, von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wollen wir dort eine entsprechende Anlaufstelle bieten. So werden auch die bisherigen Erwerbslosenberatungsstellen entsprechend mit der zusätzlichen Aufgabe fortgeführt, erstmals in einem flächendeckenden Angebot. Es wird dafür ein landesweit flächendeckendes Beratungsangebot geben.

Man sieht auch jetzt: Wenn man schaut, wer da alles förderfähig ist, wer sich wieder erneut beworben hat, dann sind darunter 49 bereits als Erwerbslosenberatungsstelle Aktive und genauso bisher 18 als Arbeitslosenzentrum Aktive eingebunden. Das zeigt: Diese bewährte Trägerstruktur setzt ihr Angebot fort. Das, was man uns von der Opposition hier glauben machen möchte, entspricht einfach nicht der Realität.

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Schluss noch einen Punkt. Ich habe Kollegen Neumann nicht ganz verstehen können, gerade wenn man sieht, dass die NRW-Koalition aus FDP und CDU die besonders schwachen Menschen in der Gesellschaft im Blick hat. Da muss man vielleicht noch einmal einen Punkt aufgreifen. Da müssten sich die Vertreter von Rot-Grün hier eigentlich in Grund und Boden schämen, wenn wir nämlich über das Thema „Mittel zur Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ sprechen.

Wenn man hier bei Regierungsübernahme mit unserem Arbeits- und Sozialminister im Haushalt 2017 eine mickrige Million vorfindet und wir als NRW-Koalition aus FDP und CDU diese Mittel jetzt auch im nächsten Jahr wieder fortführen und auf über 7 Millionen Euro ausgeweitet haben, dann würde ich mich mal an die eigene Nase fassen und überlegen, was Sie da eigentlich betrieben haben. Das war das Allerletzte.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Stephen Paul [FDP]: So ist es!)

Die Landesinitiative „Endlich ein Zuhause“ zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit, um das Problem wirklich anzugehen, hat unser Arbeits- und Sozialminister mit Unterstützung der NRW-Koalition von FDP und CDU gestartet. Gerade die sogenannten Kümmererprojekte haben sich als Erfolgsmodell erwiesen. Wir haben gezielte Angebote geschaffen für wohnungslose Jugendliche und Frauen. Wir haben eine aufsuchende Suchtberatung entsprechend auf den Weg gebracht. Das alles ist konkrete Sozialpolitik, ...

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

... die den Menschen hilft, und nicht diese leeren Worthülsen von Ihnen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch in diesem Jahr wirkt der Haushalt im Bereich Arbeit und Soziales erst einmal recht imposant. Zieht man dann alle Posten ab, die vom Bund an die Kommunen etc. eigentlich nur durchgereicht werden, und betrachtet man nur die Akzente, die wirklich neu in diesem Jahr dazukommen, dann wird es schon deutlich überschaubarer.

Viele im Jahr diskutierten Punkte, die wir alle miteinander besprochen haben, finden nun also fiskalisch hier ihren Widerhall – soweit, so vorhersehbar. Haus-

halterische Akzente, die über die angekündigten Veränderungen hinausgehen, findet man, soweit ich das überblicken konnte, nicht.

Bis auf die üblichen Scharmützel, die wir auch hier wieder erlebt haben, blieb es in diesem Jahr haushalterisch auch recht ruhig in diesem Bereich – allerdings vielleicht zu Unrecht, denn die Coronakrise und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Einbrüche haben auch in diesem Jahr schon ihre Fußspuren in der Arbeitsmarktstatistik hinterlassen. Es steht zu befürchten, dass spätestens mit dem langen Lockdown über den Winter weitere Zehntausende Arbeitsplätze auf der Kippe stehen und unsere sozialen Fangnetze umso mehr strapaziert werden.

Der große Wurf, um das antizipierend abzuwenden und Impulse für den Arbeitsmarkt zu setzen, fehlt an dieser Stelle. Inwieweit sich das schon im kommenden Jahr rächen wird, wird sich noch zeigen.

Klar ist allerdings, dass wir bereits heute in der Bundesrepublik jeden Dritten in Deutschland verdienten Euro für Soziales ausgeben. Die Luftschlösser, die SPD und Grüne hier teilweise bauen, sind bestenfalls auf Sand gebaut. Insgesamt leidet darunter die Investitionskrise, und das wiederum wird uns eher früher als später auf die Füße fallen. Denn die Investitionen, die wir heute nicht tätigen, können sich morgen nicht positiv auf Arbeitsmarkt und Wirtschaft auswirken.

All die Schulden, die wir jetzt aufnehmen, muss die künftige Generation zahlen. Wenn man dann nicht auf einen starken Arbeitsmarkt, eine gute Infrastruktur und auf vernünftige Arbeitgeber zurückgreifen kann, dann ist die Chance, dass diese unglaublichen Beträge, die sich dort anhäufen, jemals zurückgezahlt werden, jetzt schon absehbar mehr als gering. Impulse dafür fehlen dieses Jahr. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann^{*)}, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushaltsplan ist eine konsequente Fortführung meiner Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die ich nach dem Regierungswechsel eingeleitet habe.

Wir haben besondere Situationen zu bedenken. Die Coronakrise ist auf dem Ausbildungsmarkt – das muss man leider sagen – angekommen. Wir haben Stand Ende Oktober 86.100 Ausbildungsverträge im Bereich von Handwerk und IHK. Das sind 13 % weniger als im vergangenen Jahr.

Deswegen ist es gut, dass wir in diesem Haushalt auch rund 20 Millionen Euro für Ausbildungsprogramme vorgesehen haben, dass wir alles, was mit KAOA zusammenhängt, weiter finanzieren können, dass wir eine solide Finanzierung für die Berufseinstiegsbegleiter zum ersten Mal in der jüngeren Generation unseres Landes hier im Haushalt verankert haben.

Ich habe auch über die Coronahilfen noch eine bestimmte Summe Geld zurückgelegt, mit denen ich unter Umständen noch Ausbildungsprogramme fahren kann. Das werden wir beim Ausbildungskonsens Mitte Januar noch besprechen, weil ich nicht will, dass es wegen Corona einen Ausbildungsjahrgang gibt, der keine Möglichkeit hat, zu einem Berufsabschluss zu kommen.

Natürlich steigt durch Corona auch die Arbeitslosenquote. Wir haben 1,3 % mehr Arbeitslose als vor einem Jahr. Im Haushalt haben wir die Voraussetzungen getroffen, dass wir Qualifizierung fördern können, dass wir vor allem auch genug Geld für mögliche Transfergesellschaften haben.

Wir reden hier sehr oft über die Berufe für das Gesundheitswesen. Da spielt natürlich die Berufsankennung, die ich neu geordnet habe, eine große Rolle. Ich bin froh, dass ich im Haushalt 48 Stellen habe, um in der Berufsankennung in den Gesundheitsberufen schneller, präziser zu werden, damit die Menschen schneller für die nordrhein-westfälische Gesundheitsinfrastruktur zur Verfügung stehen.

Wir machen mehr Hilfe für prekär Beschäftigte. Wir haben heute Morgen schon darüber geredet. Wenn es in den sieben Jahren Rot-Grün in diesem Land im Bereich von fairer Beschäftigung ganze elf Stellen gegeben hat, die sich um diese Menschen gekümmert haben, dann wäre ich darauf nicht so stolz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Elf Stellen bei wahrscheinlich Tausenden von Wanderarbeitnehmern, hier und da einmal eine Beratung – liebe Leute. Ich glaube, dass das, was wir jetzt gemacht haben, dass wir in diesem Bereich eine flächendeckende Beratung einführen und dass wir auch eine Rechtsberatung machen, richtig ist.

In den sieben Jahren Rot-Grün ist auch kein Ausbau des Arbeitsschutzes passiert. Man braucht in einem Ministerium dafür einen Minister, der ein Zeitfenster erkennt, in dem man Dinge drehen kann. Ich sage nicht, dass meine Vorgänger nicht den Arbeitsschutz ausbauen wollten. Sie sind genau wie ich meiner ersten Amtsperiode wahrscheinlich auch an dem Finanzminister gescheitert. Aber ich habe das Zeitfenster „Corona“ genutzt, um eine völlige Veränderung im Arbeitsschutz hinzukriegen.

100 zusätzliche Arbeitsschützer, die wir jetzt ausbilden werden, sind ja wohl ein Wort. Dass 3 Millionen Euro im Haushalt stehen, um den Arbeitsschutz end-

lich zu digitalisieren, ist ja auch wohl ein Wort. Wir werden auch bald mit Vorschlägen kommen, wie wir die Organisation des Arbeitsschutzes noch straffer machen können. Dass Bezirksregierungen in einer Krise den Arbeitsschutz in Heimarbeit schicken, ist ein Beispiel dafür, dass man, was den Arbeitsschutz angeht, als MAGS mehr Einfluss in den Bezirksregierungen haben muss.

Wir führen die Programme „Zusammen im Quartier“ weiter. Wir haben die Landesinitiative „Endlich ein Zuhause“. Ich bin seit Jahren der erste Arbeitsminister, der Geld für die Obdachlosen ausgibt,

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt doch nicht! Das ist doch schändlich!)

der sehr viel Geld für die Obdachlosen ausgibt. Die Programme sind eine Erfolgsgeschichte. Wir haben bei 440 Menschen einen Wohnungsverlust verhindert. Wir haben 250 Wohnungen aus der Wohnungswirtschaft bekommen. Wir haben 2 Millionen Euro für die Suchtberatung in diesem Bereich eingesetzt. Ich glaube, dass wir wirklich sagen können, dass wir nachhaltige Hilfen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit eingesetzt haben.

(Beifall von Andrea Stullich [CDU])

Auch die Inklusionspolitik kommt nicht zu kurz. Wir arbeiten daran, dass mehr Schwerbehinderte auch im Landesdienst eingestellt werden. Sie wissen, dass wir einen Koalitionsvertrag haben, in dem steht, dass 5 % der Einstellungen Schwerbehinderte sein sollen. Wir haben den Inklusionsscheck eingeführt, um Inklusionsprojekte vor Ort auch in der Öffentlichkeit vorzustellen und Kleinstinitiativen zu unterstützen. Wir arbeiten am Bereich für Mobilität für behinderte Menschen, und wir fördern weiterhin mit 6,1 Millionen Euro die Wohlfahrtsverbände in diesem Land.

Ich finde, das ist die Fortsetzung einer soliden Arbeitsmarktpolitik, die ergänzend zu den größeren Mitteln der Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit Akzente setzt, die für unser Land gut sind. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Teil a) Arbeit und Soziales.

Ich rufe auf den Teil

b) Gesundheit

und eröffne hierzu die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Yüksel das Wort.

Serdar Yüksel* (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, so viel Zeit muss sein, Ihnen in Erinnerung zu rufen, dass Sie der Minister waren, der die Arbeitsschutzverwaltung kaputtgemacht hat, die wir unter Rot-Grün wieder aufbauen mussten.

(Beifall von der SPD – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Was habt ihr denn aufgebaut?)

Wenn Sie hier heute sagen, dass Sie derjenige sind, der für die Wohnungslosen eingetreten ist,

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sie haben doch nichts geändert!)

dann darf ich nur an Guntram Schneider und an sein Aktionsprogramm erinnern, das er am 8.11.2011 vorgestellt hat. Ich war damals schon dabei. Es wäre gut, wenn Sie in Ihrem Ministerium einmal nachfragen, wer für dieses Aktionsprogramm in Wirklichkeit verantwortlich ist.

(Beifall von der SPD – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sie haben doch nichts verändert!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Thema Gesundheit. Nach wie vor sehen wir mit Besorgnis die Entwicklung bezüglich der Investitionsrückstände in der Krankenhauslandschaft. Im Themenfeld Gesundheit ist und bleibt dieses Handlungsfeld eines der größten Sorgenkinder im Haushalt. Die gelegentlichen Investitionsprogramme der Landesregierung sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Jetzt könnte man fragen: Ist es bei Ihnen Einsicht oder Notwendigkeit oder Not? Aber bei Ihnen bedarf es ja immer Not, damit Sie einsehen, dass das Richtige zu tun ist. Sie haben zu Beginn der Legislaturperiode von Entfesselung und großen Neuanfängen gesprochen. Bei der Finanzierungsfrage der Krankenhauslandschaft sind Sie aus meiner Sicht zu kurz gesprungen. Das ist nicht der große Wurf, den alle in der Landschaft erwartet haben.

Jetzt haben Sie die größte Reform der nordrhein-westfälischen Krankenhauslandschaft angekündigt – so haben Sie es gesagt. Sie meinen das Vorhaben, die Bettenzahl als Kennzahl für die kapazitätsbestimmende Größe in den Hintergrund treten zu lassen. Zukünftig soll über sogenannte Leistungsbereiche und Leistungsgruppen geplant werden. Die Leistungsgruppen sollen an Qualitätskriterien geknüpft werden, wie etwa an Fachärztezahle oder die Ausstattungsmerkmale eines Krankenhauses.

Die Befugnis zur Erbringung bestimmter Leistungen in Krankenhäusern wird zukünftig von der spezifischen Erfüllung der Qualitätskriterien abhängen. Sie möchten mit diesem Vorhaben unter anderem angebliche Überkapazitäten und Doppelstrukturen

abbauen. Was sich in der Theorie zunächst sinnvoll anhört, entpuppt sich in der Praxis als zu vorschnell und zu unüberlegt.

Schon im Vorfeld zur groß angesetzten Anhörung, die wir im Ausschuss noch durchführen werden, werden massiv kritische Stimmen laut, wonach wir gerade dank dieser Überkapazität in den Krankenhäusern der Pandemie erfolgreich begegnen konnten. Ich möchte an dieser Stelle, verehrte Kolleginnen und Kollegen, allen im Gesundheitssystem tätigen Frauen und Männern meinen größten Respekt und meinen Dank für ihren unermüdlichen Einsatz nicht nur in Coronazeiten danken.

(Beifall von der SPD, Dr. Günther Bergmann [CDU] und Stefan Lenzen [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn uns die Pandemie eines gelehrt hat, dann doch, dass wir für jede Ärztin und für jeden Arzt, für jede Pflegerin und für jeden Pfleger, für jede Beschäftigte und für jeden Beschäftigten im Gesundheitswesen und auch für jedes Bett dankbar sein sollten, das uns zur Verfügung steht. Statt diese Strukturen wegzurationalisieren, sind wir es den Menschen,

(Beifall von der SPD)

die an der vordersten Front gegen das Virus ankämpfen, schuldig, nicht alles auf Kante zu nähen, sondern eine solide aufgestellte und gut finanzierte Krankenhauslandschaft sicherzustellen. Dazu gehören auch die Überkapazitäten, die im Notfall, sei es bei einer Pandemie oder beispielsweise einer Naturkatastrophe, das Schlimmste auffangen und die Ressourcen zur Verfügung stellen, die wir dann im gut funktionierenden Gesundheitssystem benötigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts ist für den Menschen wichtiger, als gesund zu bleiben oder gesund zu werden. Was wir brauchen, ist daher eine echte Pufferfinanzierung genau für diese Überkapazitäten, damit das Gesundheitssystem auch zukünftig handlungsfähig bleibt. Dabei denke ich auch an den ländlichen Raum, den wir bei Leistungsgruppen schwer klassifizieren können. Auch diesen Punkt haben Experten bereits kritisiert.

Auch zum Thema „sexuelle Gesundheit“ haben wir umfangreiche Anhörungen durchgeführt. Damals schienen wir uns fraktionsübergreifend einig zu sein, wie wichtig die Arbeit der verschiedenen Akteure wie beispielsweise der Aidshilfe war und weiterhin ist. Statt jedoch die Akteure in diesem Jahr, in dem keine großen Benefizaktionen stattfinden konnten und somit Großspenden ausgeblieben sind, besonders zu unterstützen, kürzen Sie ihnen ausgerechnet in diesem Bereich faktisch die Mittel. Das steht uns und Ihnen hier nicht gut zu Gesicht. Die Kolleginnen und Kollegen der Aidshilfe standen in der Bürgerhalle und haben wirklich darum gebettelt, noch überleben zu können.

Ich will etwas Weiteres sagen: Wir können, wenn wir uns ein existentiell leistungsfähiges und humanes Gesundheitswesen leisten wollen, nicht alles nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sehen.

Am Ende meiner Rede möchte ich Johannes Rau zitieren, der in seiner Rede beim 107. Deutschen Ärztetag am 18. Mai 2004 Folgendes sagte:

„Meine Damen und Herren, Gesundheit ist ein hohes Gut, aber sie ist keine Ware.

Ärzte sind keine Anbieter, und Patienten sind keine Kunden.

Ich halte nichts davon, unser ganzes Leben in Begriffe der Betriebswirtschaft zu pressen.“

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten fühlen uns nicht nur am heutigen Tag, sondern auch in Zukunft den Worten unseres Altbundespräsidenten verpflichtet. – Glück auf.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Yüksel. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Preuß.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Haushaltsentwurf 2021 setzen wir konsequent fort, was wir im Jahr 2017 begonnen haben, nämlich die beste gesundheitliche Versorgung für die Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen zu erreichen und auszubauen.

Wie wichtig ein stabiles und gut aufgestelltes Gesundheitssystem ist, führt uns die Coronapandemie in diesem Jahr besonders vor Augen. Krankenhäuser mit leistungsfähigen Strukturen bilden hierbei die notwendige Voraussetzung. Nun passen Sie bitte auf, Herr Kollege Yüksel: Im kommenden Jahr wollen wir daher insgesamt 767 Millionen Euro in unsere Krankenhausversorgung investieren. Für die Pauschalförderung stellen wir insgesamt 564 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind 6 Millionen Euro mehr als für das laufende Haushaltsjahr.

Die Einzelförderung umfasst wieder 100 Millionen Euro, um Investitionsmaßnahmen der Krankenhäuser zu Förderschwerpunkten gezielt fördern zu können. Für die Kofinanzierung des Krankenhausstrukturfonds des Bundes sind 95 Millionen Euro vorgesehen. Ergänzt werden diese durch Mittel des Bundes mit rund 105 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen haben noch nie so viel Geld bekommen wie jetzt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir setzen auf eine effiziente Krankenhausplanung und auf Strukturveränderungen, mit denen wir die medizinische Versorgung der Menschen in Nordrhein-Westfalen sicherstellen und verbessern wollen – auch im Akutfall. Das bedeutet eine höchstmögliche medizinische Qualität mit Schwerpunktbildung und Spezialisierung.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Kollege Preuß, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Yüksel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Peter Preuß (CDU): Ja, bitte.

Serdar Yüksel¹⁾ (SPD): Vielen Dank, Herr Preuß, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Natürlich passe ich sehr aufmerksam auf, wenn Sie eine Rede halten. Aber ist Ihnen die DIW-Studie bekannt, die die Finanzierungslücke der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen auch nach Ihrer angekündigten Finanzierung bei 1,1 bis 1,5 Milliarden Euro sieht? Ist Ihnen diese Studie bekannt?

Peter Preuß (CDU): Ja, das ist bekannt geworden, sehr konkret bekannt geworden, und zwar in der vorherigen Legislaturperiode, in der Rot-Grün regiert hat. In dieser Zeit, in der gesamten Zeit davor, ist nichts in Sachen Krankenhausfinanzierung passiert. Erst wir, die NRW-Koalition, haben 2017 das Thema aufgegriffen und mehr Mittel zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich könnte das jetzt anhand der Haushaltspläne ab 2017 im Einzelnen darstellen.

(Beifall von der FDP)

Das möchte ich mir aber jetzt ersparen. Sie wissen das natürlich sehr genau.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das stimmt aber nicht ganz, Herr Kollege! 2018 waren Sie da!)

Meine Damen und Herren, jeder Patient, jede Patientin soll dabei die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten. Der neu ausgerichtete Krankenhausplan wird leistungsfähige Krankenhausstrukturen schaffen. Davon sind wir überzeugt. Der Fokus liegt dann nicht auf der Bettenzahl, sondern auf der Versorgung, auf Versorgungsstrukturen und vor allen Dingen auf Qualität. Es geht nicht um Betten, sondern es geht um die bestmögliche medizinische Versorgung.

Auch die Gesundheitsämter stehen in diesem Jahr angesichts der Coronapandemie vor großen Herausforderungen. Im nächsten Jahr sollen daher 25 Millionen Euro zur Einstellung von Hilfskräften zur Kon-

taktnachverfolgung an die Kommunen fließen. Auch wenn Impfungen gegen das Coronavirus wohl bald beginnen sollen, wird es noch geraume Zeit bis zu einer Normalisierung der Lage dauern.

Eine weitere wichtige Säule der Gesundheitsversorgung ist das Hausärzteprogramm, das 2021 wiederum mit 2,5 Millionen Euro belegt sein wird, um die hausärztliche Versorgung vor allen Dingen in kleineren Kommunen und in ländlichen Bereichen sicherstellen zu können.

Die Landarztquote ist ein Erfolgsmodell und ein wichtiges Instrument zur flächendeckenden medizinischen Versorgung. 7,8 % der Medizinstudienplätze sind 2019 und 2020 an Bewerberinnen und Bewerber vergeben worden, die später im ländlichen Raum praktizieren werden. Es spricht für sich, dass das Interesse an den Studienplätzen mit 450 Bewerbungen für das Sommersemester 2021 weiterhin sehr hoch ist.

Auch die Digitalisierung im Gesundheitswesen ist sehr wichtig. Für die Digitalisierung stellen wir 6,8 Millionen Euro zur Verfügung. Davon fließen allein 3,6 Millionen Euro in das virtuelle Krankenhaus, das die fachärztliche Expertise der im Land verteilten medizinischen Spitzenzentren für die gesamte Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen verfügbar macht.

Der Schutz der Kinder ist uns eine Herzensangelegenheit. Die Jüngsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft müssen geschützt werden. Seit April 2019 wird das „Kompetenzzentrum Kinderschutz im Gesundheitswesen“ mit jährlich 2 Millionen Euro gefördert. Zugleich unterstützen wir vor Ort auch die wertvolle Arbeit der 25 Kinderschutzambulanzen im kommenden Jahr mit 1,5 Millionen Euro.

Ich möchte nur ganz nur noch auf die generalistische Pflegeassistenz-Ausbildung hinweisen. Es geht darum, Pflegekräfte zu gewinnen. Mehr als 14 Millionen Euro sollen in die dauerhafte Erhöhung der Schulkostenförderung und in die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten auf 2.000 Plätze fließen.

In diesem Jahr wurde endlich die gesetzliche Grundlage für eine Pflegekammer geschaffen. Hierfür stehen 5 Millionen Euro für die Anschubfinanzierung zur Verfügung. Im Jahre 2021 werden 2 Millionen Euro in die Anschubfinanzierung fließen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf für 2021 zeigt, dass zukunftsfähige Krankenhausstrukturen, die Digitalisierung des Gesundheitswesens und die Bekämpfung des Hausärztemangels sowie des Pflegekräftemangels weiterhin im Zentrum unserer Gesundheitspolitik stehen. Nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln lässt sich eine optimale gesundheitliche Versorgung unserer Bevölkerung umsetzen. Dafür tun wir – auch im Rahmen des Haushaltsplanes – alles. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Mostofizadeh Gelegenheit, das Wort zu nehmen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Selten habe ich den Kollegen Preuß sich so durch eine Rede hecheln hören wie heute. Er musste sich anstrengen, alle Fleißkärtchen an den Minister zu verteilen, die er eingesteckt hatte. Die eine oder andere mag ja berechtigt sein. Aber ich möchte einen zentralen Bereich ansprechen, der mir am Herzen liegt und bei dem wir eine durchaus differenzierte Position zu allen Mitbewerbern hier im Haus einnehmen – das ist die Krankenhausplanung.

In der Tat, Herr Kollege Yüksel, würde ich jetzt nicht zwingend auf das Krankenhausgutachten hinweisen, das 1,5 Milliarden Euro Bedarf pro Jahr ausweist. Denn zum einen bin ich nicht sicher, dass diese Größenordnung machbar ist, und zum anderen muss ich an dieser Stelle auf etwas hinweisen, das hier sehr konkret ist: Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns die Struktur an Krankenhäusern, wie wir sie zurzeit in Nordrhein-Westfalen haben, nicht leisten können und auch nicht leisten sollten. Deswegen halte ich es für richtig, sich auf den Weg zu machen und zu überlegen, wie wir mehr Spezialisierung schaffen und die Qualität steigern können. Denn Corona lehrt uns nicht, möglichst viele Krankenhäuser zu haben, sondern eine möglichst gute Behandlung sicherzustellen.

Denn – das zeigt eine Studie der Universität Münster – diejenigen Coronapatientinnen und -patienten, die auf Intensivstationen in Unikliniken oder auch anderen Spezialkliniken gelegen haben, hatten deutlich höhere Chancen auf einen besseren Verlauf als an anderen Standorten.

Und das nervt mich auch an anderen Stellen: Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir in Nordrhein-Westfalen – auch in ganz Deutschland – viel weniger Pflegekräfte haben, als wir eigentlich brauchen. Von daher müssen wir uns gut überlegen, wo wir diese hochqualifizierten Leute einsetzen. Deswegen halte ich den Weg für richtig – das sage ich auch als Oppositionspartei –, genau an den Stellen zu investieren, wo wir sie brauchen. Das heißt, möglicherweise auch im ländlichen Bereich – wobei Nordrhein-Westfalen da sicherlich nicht mit Mecklenburg-Vorpommern oder anderen Ländern zu vergleichen ist – den ein oder anderen Standort mehr zu haben und dort vielleicht auch Zentren zu bilden. Zentrum muss nicht immer Großstadt heißen, es kann auch im sogenannten ländlichen Bereich sein. Da stelle ich mich auch hinter.

Ich sage das jetzt so präzise, weil ich dem Minister an der Stelle Vorwürfe machen muss, denn er hat in

diesem Jahr auch diesen Eindruck erweckt. Ich kann mich gut an die Diskussion in Essen erinnern, bei der es um die Frage der Schließung von zwei Standorten der Contilia Gruppe ging. Da haben die Christdemokraten vor Ort alle nur auf die Contilia Gruppe gezeitigt und überhaupt nicht gesagt, dass die Konsolidierung in der Region Rhein-Ruhr etwas mit der Planung der Landesregierung zu tun hat. Deswegen, Herr Minister, müssen Sie Farbe bekennen, ob Sie weiterhin zu Ihrer Ausgangsannahme stehen, dort zu konsolidieren und den Prozess nach vorne zu begleiten. Das heißt: weniger Krankenhausstandorte in meiner Heimatstadt und weniger Krankenhäuser gerade in diesem verdichteten Raum. – Stehen Sie noch dazu?

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja!)

Oder gibt es im Kommunalwahlkampf dazu immer eine andere Meinung, damit der Oberbürgermeister der schwarzen Partei die Wahl gewinnen kann? – Das müssen Sie sich an der Stelle im Zweifel schon gefallen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist deswegen auch jetzt so wichtig, weil wir gerade bei Corona Prioritätenentscheidungen treffen müssen. Ich bin nicht mehr sicher, ob die Nachverfolgungsorgien – das sage ich Ihnen ganz offen – in den Gesundheitsämtern die richtige Strategie ist. Herr Drost schlägt eine völlig andere Strategie vor. Er sagt: Seht zu, dass die infizierten Leute selber dafür sorgen, ihre Kolleginnen und Kollegen zu informieren, während wir uns eher darum kümmern müssen, die Impfungen und die Teststrategien vorzubereiten.

Es ist doch jetzt so – obwohl Herr Spahn die Teststrategien im Bund verordnet hat –, dass die Besucherinnen und Besucher in den Pflegeheimen definitiv nicht getestet werden, Herr Minister. Ich habe mich bei den Trägerinnen und Trägern der Einrichtungen mehrfach vergewissert: Es wird nicht oder nur sporadisch getestet. Das war nicht der Wille der Bundesregierung, Herr Minister Laumann.

Ich möchte noch einen zweiten wichtigen Punkt ansprechen, weil Sie sowohl Arbeits- als auch Gesundheitsminister sind. Wir haben im Frühjahr im harten Kampf das Freiwilligenregister umgesetzt. An dieser Stelle noch einmal vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der Fraktionsführung meiner und auch der SPD-Fraktion, dass dieses Pandemiegesetz so nicht durchgekommen ist, wie Sie es vorgeschlagen haben. Das bestehende Freiwilligenregister – das haben Sie am Montag selber noch einmal angesprochen – ist in seiner jetzigen Form ein zahn- und papierloser Tiger. Die Menschen, die dort auf dem Papier stehen, kommen nicht zur Arbeit, und die Arbeit kommt nicht zu den Menschen. Das muss dringend anders werden, dafür ist die Situation viel zu ernst.

Dazu erwarte ich jetzt auch eine klare Zusammenarbeit mit den Kommunen. Werden Sie da aktiv. Sorgen Sie mit dafür, dass in den Pflegeheimen und Einrichtungen bei den Menschen die Impfstrategien ankommen, damit die Arbeit gemacht werden kann. Das ist viel wichtiger, als sich da in parteipolitischem Geplänkel oder gar in Beschimpfungen der Kommunen, sie würden nicht mitmachen, zu verlieren. Sorgen Sie dafür, dass im öffentlichen Gesundheitsdienst jetzt alle an einem Strang und in die richtige Richtung ziehen! Das wäre die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, warum die Herren der Opposition hier so rumgeschrien haben. Das ist auf Dauer nicht gesund. Das sage ich Ihnen jetzt einmal als Gesundheitspolitikerin meiner Fraktion.

(Heiterkeit von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Herr Mostofizadeh, Sie sagten, der Kollege Preuß habe so viele Fleißkärtchen verteilt. Entspannen Sie sich, ich habe auch noch ein paar mitgebracht.

Nachdem wir jetzt einiges zum Thema Krankenhäuser und größere Investitionen gehört haben, würde ich jetzt gerne mit Ihnen allen einen Blick in Richtung Prävention und Aufklärung werfen. Wir haben von den Sozialdemokraten gehört, dass wir die Mittel für die Aidshilfe faktisch gekürzt hätten. Das ist schlicht und einfach nicht wahr. Diese Landesregierung hat in den letzten beiden Jahren die Mittel für die Aidshilfe kontinuierlich erhöht.

Ja, die Aidshilfe – nicht nur Sie haben heute mit denen gesprochen – hat weniger Einkünfte, weil die Benefizveranstaltungen wegfallen. Aber dann müssen wir auch ganz konkret zusammensitzen, und die Aidshilfe muss sagen, was sie braucht. Ich bin mir sicher, dass wir da eine Lösung finden. Denn die Union und die Landtagsfraktion haben die Aidshilfe, die einen ganz wichtigen Job leistet, noch nie hängen lassen.

(Beifall von Peter Preuß [CDU] – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Ich bin gespannt!)

Zu den Themen Prävention und Impfung wurde auch schon viel gesagt. Wir haben uns bereits bei den Beratungen zum Haushalt 2018 für eine Impfkampagne eingesetzt und dazu damals 200.000 Euro eingestellt. Diese Kampagne wurde inzwischen unter dem Namen „Impfcheck NRW“ umgesetzt. Wir stehen hier

aber vor neuen Herausforderungen, wenn in Kürze die Coronaimpfungen anlaufen. Umfragen zeigen zurzeit, dass nur rund 60 % der Bevölkerung bereit sind, sich sicher oder wahrscheinlich impfen zu lassen. Diese Quote wird definitiv nicht ausreichen, um einen umfassenden Schutz im Sinne einer Herdenimmunität zu erreichen.

Es ist deshalb richtig und wichtig, dass auch im kommenden Haushalt die Mittel für eine Impfkampagne weiter zur Verfügung stehen. Wir müssen über die Bedeutung des umfassenden Impfschutzes zur Bekämpfung der Pandemie aufklären und Bedenken hinsichtlich der Wirkmechanismen und der schnellen Zulassung argumentativ entgegentreten. Wir wollen nicht auf Zwang, sondern auf Aufklärung und Überzeugung setzen.

(Beifall von der FDP)

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ein weiterer – mir besonders wichtiger – Punkt ist die Verbesserung der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes in Schulen und Kindertagesstätten. Dazu haben wir im Haushalt 2019 erstmals Mittel eingestellt. Diese Mittel finden sich auch im Haushaltsplan für 2021.

Eine chronische Erkrankung wie Diabetes bedeutet für die betroffenen Kinder und Jugendlichen eine Belastung, die sich auf ihr ganzes Leben auswirkt. Besonders im Schulalltag fallen solche Einschränkungen ins Gewicht. Dort gibt es oft große Verunsicherungen, die dazu führen, dass die betroffenen Kinder leider häufig benachteiligt und zum Beispiel von Ausflügen, Klassenfahrten oder dem Sportunterricht ausgeschlossen werden. Das Projekt „Diabetes in Schule und Kita“ ist inzwischen mit unseren Partnern der Deutschen Diabeteshilfe und der Arbeitsgemeinschaft für Pädiatrische Diabetologie erfolgreich angefallen.

Neben der Einrichtung einer Koordinierungsstelle und der Entwicklung eines Handlungskonzeptes wurden seit dem letzten Jahr auch reichlich Informationsveranstaltungen und fallbezogene Schulungen für das Personal in Kindertagesstätten und Schulen durchgeführt, sodass die Teilhabe von an Diabetes erkrankten Kindern deutlich verbessert werden konnte.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber auch, dass in diesem Bereich noch weiterer Bedarf besteht. So ist auch die Begleitung bei Ausflügen und Klassenfahrten Teil des Projektes. Diese sind aber in diesem Jahr coronabedingt weitgehend ausgefallen. Wir schauen jetzt, dass auch diese Mittel erhöht werden können, damit diese betroffenen Kinder und Jugendlichen wie gesunde Kinder an Klassenfahrten teilnehmen können. Unser Gesundheitsminister Karl-Josef

Laumann hat mir schon signalisiert, dass wir das hinbekommen.

Frau Präsidentin, wertere Kolleginnen und Kollegen, mit einem neuen Haushaltsansatz in Höhe von 600.000 Euro wollen wir eine Förderung des Vereins Aktion Friedensdorf einführen. Dieser Verein hilft kranken und verletzten Kindern aus Kriegs- und Krisengebieten. Eine medizinische Behandlung dieser Kinder ist in der Regel im Herkunftsland schlicht unmöglich, während sie mit unsern Möglichkeiten erfolgreich sein kann. Mit der neuen Landesförderung wollen wir den laufenden Betrieb des Friedensdorfes sichern, damit die Spendeneinnahmen künftig gezielt zur Finanzierung der Behandlungen eingesetzt werden können.

Auch im Bereich der Pflege- und der Gesundheitsberufe setzen wir neue Akzente. So wollen wir die Erstattung des Schulgeldes in den Gesundheitsberufen über den bisherigen Satz von 70 % hinaus erhöhen und perspektivisch eine völlige Schulgeldfreiheit erreichen. Dazu werden wir die entsprechenden Haushaltsmittel nahezu verdoppeln. Dies ist ein wichtiges Signal zur Steigerung der Attraktivität der Ausbildung und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in den Gesundheitsberufen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir unterstützen zudem die Einführung der generalistischen Pflegefachassistentenausbildung und fördern hier rund 2.000 Ausbildungsplätze.

Der Haushalt der NRW-Koalition zeigt damit den richtigen Weg für eine gute Gesundheitsversorgung der Menschen hier in Nordrhein-Westfalen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein kurzer Kommentar zu Herrn Kollegen Yüksel: Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin einen Tweet Ihres Gesundheitssprachrohrs Lauterbach aus dem letzten Jahr, genauer gesagt vom 4. Juni 2019, zitieren, der da schreibt:

„Jeder weiß, dass wir in Deutschland mindestens jede dritte, eigentlich jede zweite, Klinik schließen sollten.“

Ich meine, da hat der Kapitän des FC Landtag an der Stelle ein ziemlich böses Eigentor geschossen.

(Lachen von Angela Lück [SPD])

Aber kommen wir zurück zum Haushalt. Im Haushalt dreht sich dieses Jahr relativ vieles um die Coronakrise; das ist verständlich. Zudem erfolgen einige Weichenstellungen, die die politischen Beschlüsse zum Beispiel rund um die Pflegekammer finanziell abbilden, etc. Insgesamt gibt es also nichts, was besonders ins Auge stechen oder einen besonders überraschen würde oder per se total verwerflich oder falsch wäre. Man könnte natürlich an jeder Stelle die einzelnen Anträge wieder aufmachen und darüber ideologisch debattieren. Aber diese Diskussion haben wir schon geführt. Das jetzt fiskalpolitisch abzubilden, ist insofern nur logisch.

Aber ein weiteres Mal, ein weiteres Jahr wurden die Chancen vertan, sich heute schon auf die Probleme von morgen vorzubereiten. Hier wird die Gegenwart verwaltet, aber mit Sicherheit keine Zukunft gestaltet. Vieles, was in diese Richtung gehen soll, bleibt auf dem Level der Kosmetik stehen.

Wir werden uns bei der Abstimmung über den Gesamtplan enthalten. Zwar sehen wir durchaus, dass Sie bemüht sind, einige Dinge anzugehen, zum Beispiel mit der Landarztquote. Aber es bleibt, wie gesagt, auf dem Level der Kosmetik.

An dieser Stelle müsste es eine viel größere Kraftanstrengung geben. Denn wenn laut „Deutschem Ärzteblatt“ bereits dieses Jahr 6,4 % der Stellen für Ärzte und sogar 11,3 % der Stellen in der Pflege nicht besetzt werden, dann sehen wir, dass es mehr als an der Zeit ist, hier entschiedener zu handeln. Ansonsten werden absehbar – 2040, so rechnet man hoch – 14,4 % der Arztstellen und 25,4 % der Stellen in der Pflege unbesetzt bleiben. Das wären dann insgesamt auf die Gesundheitsbranche gerechnet 3,3 Millionen unbesetzte Stellen, so das Forschungsinstitut Prognos.

Oder um es Ihnen vielleicht besser zu verdeutlichen: Die Wartezeit beim Hausarzt würde sich bis 2030 verdoppeln, und in den Krankenhäusern müssten die Schwestern dann durchschnittlich 60 Stunden in der Woche arbeiten, damit man die Versorgungsqualität von heute halten könnte und diese nicht weiter absinken würde.

(Helmut Seifen [AfD]: Unglaublich!)

Man kann sich also in etwa vorstellen, wie die Behandlungen in der Realität ablaufen werden, wenn hier nicht substantziell gegengesteuert wird.

Ebenso weiter nicht abgebildet – diesem Umstand wird auch nicht Rechnung getragen – sind die über 500.000 Menschen, die in Deutschland pro Jahr Krankenhausinfektionen erleiden. Bis zu 20.000 von ihnen sterben dabei jährlich, so das Robert Koch-Institut. Daher hat laut einer Befragung mittlerweile mehr als jeder vierte Deutsche Angst davor, sich ins Krankenhaus zu begeben. Das muss man sich einmal vorstellen. Denn das Krankenhaus ist eigentlich

die Stelle, an die man sich wenden sollte, wenn man Hilfe braucht. Auch hier fehlen jedes Konzept und jede Kraftanstrengung, um dem endlich zu begegnen.

Ich möchte an dieser Stelle – besonders prominent – einen bösen Brief von Herrn Professor Dr. Reinhart, dem Präsidenten der Global Sepsis Alliance, erwähnen – er ist Professor an der Charité –, den er an Herrn Dr. Schäuble im Deutschen Bundestag gerichtet hat und in dem er recht empört darauf hinwies, dass die AfD NRW bislang die einzige Fraktion ist, die sich überhaupt dem Thema „Sepsis“ parlamentarisch angenommen hat.

(Beifall von der AfD – Helmut Seifen [AfD]: Unglaublich!)

Die nächste verwaiste Großbaustelle schließt sich gleich an: Die Zahl der resistenten und multiresistenten bakteriellen Erreger von Infektionen nimmt weiter stetig zu. An den Folgen versterben hierzulande 2.000 Personen pro Jahr. Aber auch hier ist keine Abhilfe in Sicht.

Und wie geht es den Helfern? Wer hilft dann den Helfern selbst? Laut einer aktuellen Befragung leiden mittlerweile rund 55 % der befragten deutschen Ärzte unter depressiven Verstimmungen, Burn-out-Symptomen oder beidem – und damit noch einmal 10 % mehr als laut einer ähnlichen Umfrage im Jahr 2018. Als Ursache ihrer psychischen Belastungen gab dabei die Mehrheit der Ärzte, die unter depressiven Symptomen litten, direkt die Arbeitssituation an. Eine Hilfestellung dazu aus der Politik? Auch in diesem Jahr wieder Fehlanzeige!

Wir sehen also: Der Haushalt ist durchaus solide gemacht; keine Frage. Aber es bleibt Sonnenscheinpolitik. Auf die großen Probleme der Zukunft gibt es auch dieses Jahr wieder keine Antworten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege Yüksel, ich möchte nur eines ganz bescheiden sagen: Wenn dieser Haushaltsplan heute verabschiedet wird, dann gilt er bis Ende 2021. Dann haben seit meiner zweiten Amtsperiode die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser insgesamt 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Krankenhauspauschale bekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein Minister, der dafür gesorgt hat, dass den Krankenhäusern 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, hat es meiner Meinung nach nicht verdient, dass gesagt wird, in dem Bereich sei gar nichts gemacht worden. Wenn Sie in der Anhörung zugehört hätten, wüssten Sie – das wurde mir so zugetragen –, dass das auch von der nordrhein-westfälischen Krankenhauslandschaft sehr wohl anerkannt wird. 3 Milliarden Euro sind zusätzlich für die Krankenhäuser geflossen.

In den sieben Jahren zuvor ist die Krankenhauspauschale gezahlt worden, und sie ist dynamisiert worden. Außerdem ist ein kleines Krankenhausförderprogramm aufgestellt worden. Das war es dann auch schon in sieben Jahren Rot-Grün. In den vier Jahren meiner Verantwortlichkeit sind es hingegen 3 Milliarden Euro zusätzlich für die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen. Ich bin froh, dass wir ein paar Sachen schon lange machen. Das Hausarztaktionsprogramm, das seit 15 Jahren läuft, findet sich auch in diesem Haushalt mit 2,5 Millionen Euro wieder. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Dörfern in Nordrhein-Westfalen nennen, in denen es nur noch wegen dieses Aktionsprogramms einen jungen, neuen Hausarzt gibt.

Die Landarztquote – diese haben Sie abgelehnt – hat sich zum Erfolgsmodell entwickelt. Wir haben mittlerweile 320 Medizinstudierende, die gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen die feste Zusage gemacht haben, dass sie nach ihrer Ausbildung bereit sind, in einem medizinisch unterversorgten Gebiet als Hausärzte tätig zu werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch wenn es nicht in diesem Haushaltsplan steht: Die Vorbereitungen an der Universität Bielefeld sind voll im Plan. Damit wird es am Ende dieser Wahlperiode in Nordrhein-Westfalen 300 Studierende der Medizin mehr geben. Noch nie zuvor hat ein Gesundheitsminister in Nordrhein-Westfalen in den letzten 30 Jahren dafür gesorgt, dass so viele junge Leute wie heute in Nordrhein-Westfalen Medizin studieren können. Und das ist enorm wichtig, weil wir sie an allen Ecken und Enden des Gesundheitssystems brauchen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Übrigen, um bei der Ausbildung zu bleiben: Wenn dieser Haushalt verabschiedet wird, werde ich der Gesundheitsminister in Nordrhein-Westfalen sein, in dessen Amtszeit das Schulgeld in den Gesundheitsberufen endgültig beendet worden sein wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch das ist, wie ich finde, eine riesige Erfolgsbilanz. Ich kann mich noch daran erinnern, hier als Oppo-

sitionsführer Reden gehalten zu haben, um Sie davon abzuhalten, das Schulgeld für die Apothekenhelferinnen zu erhöhen. Sie haben es damals trotzdem erhöht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mit der Verabschiedung dieses Haushalts wird auch der Kinderschutz solide weiterfinanziert werden.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Voriges Jahr habe ich dafür gesorgt, dass alle Kinderschutzambulanzen in Nordrhein-Westfalen Geld erhalten – erstmalig in der Geschichte unseres Landes. Dieses wird solide weiterfinanziert.

(Beifall von Kirstin Korte [CDU])

Die Stelle, die wir an der Universität Köln zusammen mit den Mitarbeitern der Kinderklinik geschaffen haben, wird solide weiterfinanziert. Sie wird von den Ärztinnen und Ärzten sehr stark in Anspruch genommen, wenn diese den Eindruck haben, dass Missbrauch oder Gewalt gegenüber Kindern vorliegt. Auch damit konnten wir eine einzigartige Erfolgsgeschichte schreiben.

Besonders freue ich mich darüber, dass in diesem Jahr die Kurberatung für pflegende Angehörige an den Start gegangen ist. Es war mir immer ein Anliegen, dass sich Menschen, die Angehörige zu Hause pflegen, auch einmal eine Auszeit nehmen können. Dieses Angebot ist mit den Beratungen für die Mutter-Kind-Kuren gekoppelt. Wir haben dafür gesorgt, dass diese Einrichtungen für jede Beratung und jeden Antrag, den sie für die betroffenen Menschen schreiben, ein Entgelt bekommen. Es handelt sich also nicht einfach nur um Planstellen, sondern um bezahlte Leistungen, um Menschen zu helfen, von Kurangeboten stärker Gebrauch zu machen.

Natürlich freue ich mich auch darüber, dass wir in diesem Haushalt die Finanzierung der Pflegekammer gewährleisten. Ich bin fest davon überzeugt: Wer es mit der Pflege gut meint, muss dafür sorgen, dass die Pflege ihre Profession selber weiterentwickelt und es nicht mehr in den Händen von Politik und G-BA liegt, wie sich die Pflegeprofession weiterentwickelt. Pflegekräfte sind klug und selbstbewusst. Sie können ihre Profession selber weiterentwickeln. Deswegen brauchen sie genauso wie Ärzte und Apotheker eine eigene Kammer in unserem Gesundheitssystem, um ihre Profession nach vorne zu bringen.

(Beifall von der CDU)

Zum Schluss möchte ich erwähnen, dass ich mich besonders darüber freue, dass die 600.000 Euro für das Friedensdorf im Haushalt stehen.

(Zuruf)

Ich bin einmal dort gewesen und konnte mich davon überzeugen, dass dort klasse Arbeit geleistet wird.

Dabei wird die medizinische Versorgung von Kindern aus dem Ausland aus Spenden gedeckt. Dass sich das Land Nordrhein-Westfalen jetzt bereiterklärt hat, die Organisationskosten zu übernehmen, sodass alle Spenden zu 100 % den kranken Kindern zugutekommen, ist, wie ich finde, eine wichtige Leistung. Es ist kein Projekt, und es ist nicht zeitlich befristet, sondern eine reguläre Haushaltsstelle. Ich bin sicher, dass diese Haushaltsstelle auch dann, wenn ich vielleicht schon längst unter der Erde liege, von keinem Parlament mehr gestrichen wird. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Damit sind wir auch am Ende der Aussprache zu Teil „b) Gesundheit“ des Einzelplans 11 gelangt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 11.

Zuerst stimmen wir aber über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11932 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/11932** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Zweitens kommen wir dann zur Abstimmung über den Einzelplan 11. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11911, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte dem Einzelplan 11 zustimmen? – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es, wie angekündigt, von der AfD-Fraktion. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 11 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen nun zu:

Einzelplan 01 Landtag

Der Einzelplan 01 umfasst neben dem Landtag auch die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11901 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der AfD Drucksachen 17/11955 und 17/11956 hin.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine Aussprache ist, wie Sie wissen, für den Einzelplan 01 nicht vorgesehen.

Damit kommen wir unmittelbar zur Abstimmung.

Erstens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11955 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das ist die antragstellende Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11955** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/11956 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist ebenfalls die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/11956** der Fraktion der AfD mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 01, Landtag sowie Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/11901, den Einzelplan 01 unverändert anzunehmen. Damit stimmen wir jetzt auch über den Einzelplan 01 ab. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Henning Höne [FDP]: Einzelplan 01?)

– Einzelplan 01 ist der Einzelplan des Landtags.

(Henning Höne [FDP]: Üblich wäre es!)

Das sind CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es ein ablehnendes Abstimmungsverhalten? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen der AfD-Fraktion. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 01 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen zu:

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Auch hier gibt es eine Beschlussempfehlung und einen Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses, und zwar Drucksache 17/11913.

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen.

Daher kommen wir unmittelbar zur Abstimmung über den Einzelplan 13, Landesrechnungshof. Da uns vom Haushalts- und Finanzausschuss empfohlen wird, den Einzelplan 13 unverändert anzunehmen, frage ich, wer dem Einzelplan 13 zustimmen möchte. – Das